Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg

Ralf Derichs

zum Entwurf des Haushaltsplans 2022

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch im vergangenen Jahr hat die Corona-Pandemie die Menschen weltweit beeinträchtigt und vor Herausforderungen gestellt.

Daher möchte ich auch diese Haushaltsrede damit beginnen, denjenigen, die beruflich und ehrenamtlich mit dem Kampf gegen die Auswirkungen der Pandemie betroffen waren, für ihre Ausdauer und ihr Engagement zu danken. Dieser Dank gilt ausdrücklich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung und hier vor allem des Gesundheitsamtes.

Auch der Haushaltsplan ist geprägt von dem haushaltstechnischen Umgang mit der Pandemie. Herr Goertz, dies ist in schwieriger Situation Ihr erster Haushaltsentwurf, der uns vorgelegt wurde. Für die geleistete Arbeit bei der Erstellung danke ich Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei. In den Haushaltsberatungen meiner Fraktion haben Sie dargelegt, wie sie im neuen Haushaltsjahr und darüber hinaus mit den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie umzugehen gedenken. Das findet unsere Zustimmung. Unsere Zustimmung findet auch der Weg, den Sie gefunden haben, um die Belastung unserer Städte und Gemeinden durch die allgemeine Kreisumlage stabil zu halten.

Demgegenüber stehen nach wie vor inhaltliche Defizite, auf die ich später noch näher eingehen werde und die der Kämmerer freilich nicht zu verantworten hat, sondern die politische Mehrheit hier in diesem Kreistag.

In der Abwägung dieser beiden Seiten stellte sich uns die klassische Frage, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. In der besonderen Situation, in der wir uns immer noch befinden, haben wir uns nochmals entschieden, die Sicht auf den professionellen Umgang mit den Pandemiefolgen zu fokussieren und dem Haushaltsentwurf unsere Zustimmung zu erteilen.

Was die Defizite in der Kreispolitik anbelangt, so könnte ich meine Haushaltsrede aus dem vergangenen Jahr wiederholen.

Immer noch ist der Kreis im Bereich der Daseinsvorsorge schlecht aufgestellt. Zu nennen ist hier die nach wie vor fehlende Verbraucherzentrale, wie sie andernorts längst üblich ist und in der Bürgerinnen und Bürger Beratungen und Informationen bei Existenzfragen finden.

Bei der medizinischen Versorgung hat sich die Situation in unserm Kreis weiter verschlechtert. Aus der Zeitung mussten wir erfahren, dass der ärztliche Notdienst sehr kurzfristig auf zwei Praxen reduziert wurde. Das Pilotprojekt, welches die Menschen digital versorgen soll, überzeugt uns nicht. Einen augenärztlichen und kinderärztlichen Notdienst gibt es in unserem Kreis nicht einmal. Patientinnen und Patienten müssen bei Bedarf Praxen in Nachbarkreisen aufsuchen. Wir erwarten, dass diese Themen immer wieder auf die Agenda gesetzt und eingefordert werden. Statt die medizinische Versorgung weiter zurückzufahren, sollte sie verbessert werden. In Zukunft wird dies auch mehr und mehr die hausärztliche Versorgung betreffen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben Probleme, weil Hausarztpraxen keine neuen Patientinnen und Patienten mehr aufnehmen.

Auch im Bereich Digitalisierung müssen wir noch größere Anstrengungen unternehmen. Neben dem Breitbandausbau gehört dazu vor allem auch der Mobilfunk. Trotz Förderungen vom Land, möchte der Kreis derzeit auf einen Mobilfunkkoordinator verzichten, wie aus der Antwort auf unsere Anfrage von August 2021 hervorgegangen ist. Das halten wir für falsch, Chancen werden vertan. An vielen Orten spüren die Menschen tagtäglich die unzulängliche Mobilfunkversorgung. Aber nicht nur dass: Wir reden hier von Standortvorteilen im wirtschaftlichen Wettbewerb, bei denen unser Kreis schnellstmöglich handeln muss.

Die Digitalisierung der Verwaltung läuft gerade so schnell, wie es gesetzlich verlangt wird. Ein Blick auf die Homepage und die Facebookseite des Kreises, die viele zu statisch gestaltet sind, spiegelt dies wieder. Dies wird vor allem im Vergleich zu unseren Nachbarkreisen deutlich.

Auch nach der Flut konnten die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Heinsberg keine Informationen erwarten – anders war dies in Nachbarkreisen. Dort wurden Informationen und Hilfsangebote deutlich besser gebündelt und Informationen durch entsprechende Verlinkung zugänglich gemacht.

Immerhin: Fast anderthalb Jahre nach der Kommunalwahl ist es in den letzten Tagen gelungen, die Seite mit den Wahlergebnissen und der Sitzverteilung im Internetportal des Kreises zu aktualisieren.

Immer noch fehlt in diesem Haushaltsplan an Investitionen in die Zukunft. Die Fragen nach bezahlbarem Wohnraum, nach zukunftsweisender Mobilität, nach Investitionen in den Klima- und Naturschutz bleiben

weitestgehend unbeantwortet. Welche Impulse wollen wir als Kreis im Bereich des ÖPNV setzen? Wir erleben eine engagierte und bemühte WestVerkehr, die aber mehr Unterstützung durch den Kreis und die Kommunen benötigt.

Mit einigen konkreten Punkten möchte ich verdeutlichen, wie wir uns aus Sicht der SPD-Fraktion in Zukunft intensiv im Sinne des Erhalts eines lebenswerten Umfeldes durch Natur-, Arten- und Landschaftsschutz beschäftigen müssen:

• Renaturierung von Bach- und Flussläufen und falls nötig Deichbau an Rur und Wurm – dadurch Vermeidung von Hochwasser an Flüssen und Bächen im Kreis Heinsberg wie im vergangenen Jahr

• Sorgsamer Umgang mit Ressourcen: Umstellung auf erneuerbare Energien. Photovoltaik-Parks auf ehemaligen Kreisdeponien, auf landwirtschaftlichen Flächen, auf Baggerseen und Dächern in Industriegebieten, an Balkonen und an Brückengeländern.

• Konsequente Reduzierung von CO2-Ausstoß z.B. durch den Einsatz von Hybrid- und E-Fahrzeugen bei der WEST-Verkehr und im gesamten Fuhrpark des Kreises; dazu ein besser ausgebautes ÖPNV-Angebot und der stetige Ausbau des Fahrradwegenetzes.

• Wärmedämmung, Photovoltaik oder auch Fassadenbegrünung an öffentlichen Gebäuden des Kreises.

Etwas ausführlicher möchte ich mich mit unseren Schulen befassen. Es werden in den kommenden Jahren große Investitionen nötig sein. Nicht nur in den Kreisschulen herrscht aufgrund gestiegener Schülerzahlen eine große Raumnot. Hatte das Gutachten des Herrn Krämer Mandeau (biregio Bonn) aus dem Jahr 2010 damals noch die Überschrift „Alle Dächer sind gebaut“, stellen wir heute fest: Das war eine große Fehleinschätzung.

Die CDU nutzt den Vorschlag der Verwaltung eines neuerlichen kreisweiten Schulentwicklungsgutachtens gerne als ihren politischen Erfolg. Hier bietet sich der CDU die Gelegenheit auf eine Landesregierung unter Hannelore Kraft zu schimpfen. Vergessen wird dabei allerdings, dass seit 2017 die CDU in ihrer Koalition mit der FDP selbst die Verantwortung für die Bildungspolitik im Land hat. Und mit Verlaub: Schlechter geht es da kaum noch. Aber dazu später.

Man habe die Förderschulen abschaffen wollen, heißt es – auch in einer Mitgliederzeitung der CDU. Diese einseitige Meinung fand sogar in einer Niederschrift des Schulausschusses ihren Eingang – obwohl Niederschriften in diesem Haus eigentlich Ergebnisprotokolle der stattgefundenen Sitzungen sein sollten und keine Sammlung von Meinungen der CDU.

Kommen wir aber zurück zur Inklusion. Wir als SPD-Kreistagsfraktion haben uns deutlich für den Erhalt der Förderschulen eingesetzt. Es war nicht zuletzt unser Antrag, die Jakob-Muth-Schule in die Trägerschaft des Kreises zu geben. Die Neubaumaßnahme der Janusz-Korczak Schule haben wir immer zustimmend unterstützt – überhaupt waren die Entscheidungen in der Schulpolitik hier im Haus immer einstimmig. Die Diskussionen im Fachausschuss waren immer sachlich, lösungs- und zielorientiert und von gegenseitigem Respekt vor der Aufgabe geprägt. Wir hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleibt, auch wenn die Stelle der Amtsleitung nun mit einem CDU-Ratsherrn aus Wassenberg besetzt wird.

Leider vergisst die Mehrheitsfraktion bei all der polemischen Diskussion, dass Deutschland im März 2019 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat. Damit bekennt sich Deutschland zur umfassenden Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Inklusion bedeutet, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben. Den Eltern steht damit ein Wahlrecht zu zwischen einer inklusiven Förderung an einer Schule des Gemeinsamen Lernens oder einer Förderschule.

Leider wird bei dieser Diskussion häufig auch vergessen, dass auch an Regelschulen Kinder mit besonderem Förderbedarf gefördert werden. Diese Schulen sind aber nicht in der Trägerschaft des Kreises und werden dann auch gerne einmal vergessen.

Im Jahr 2019 stellte das 2. Gutachten von biregio noch fest, dass sich diese Förderung etwa zu gleichen Teilen auf Förderschulen und Regelschulen aufteile.

Und die Förderung an Regelschule könnte sicher auch noch besser sein, wenn die Rahmenbedingungen dafür besser wären. Leider hat die Regierung von CDU und FDP nichts für bessere Rahmenbedingungen getan. NRW liegt bei den Bildungsausgaben bundesweit auf dem **letzten** Platz. Für eine Grundschüler:in gibt NRW bspw. rund 1.000 EUR weniger als der Bundesdurchschnitt aus. Die Zahlen sind alarmierend für das „Bildungsland NRW“.

Zudem ist auch die Lehrerausstattung so schlecht wie nie zuvor. Erst in der letzten Woche titelte ein Artikel in der HeinsbergerZeitung mit Blick auf die Rurtalschule: Wenn der Schule die Sonderpädagogen ausgehen Der Rurtalschule gehen die Lehrer aus.

Und da schauen wir einmal in Ihre Fraktionen, liebe CDU und FDP. Es nutzt nichts, Stellen einzurichten, für die es dann keine Menschen gibt. Man kann auf Hannelore Kraft schimpfen, aber wenn man selber bereits seit 2017 in der Regierungsverantwortung ist, sollte man besser vor der eigenen Haustüre kehren.

Lehrer und Schulleiter werden allerorts händeringend gesucht. Mittlerweile darf jeder unterrichten, der schon einmal irgendwo Kontakt zu Kindern hatte. Da muss man sich doch die Frage stellen: Wie können wir das in unserem Land zulassen?

Sie sollten Ihren Fokus nicht mehr nur auf die Wirtschaft richten. Denn wenn Kinder an den Schulen nicht ordentlich ausgebildet werden, kommt das ein paar Jahre später tatsächlich auch in der Wirtschaft an. Über das Pandemiemanagement in Bezug auf die Schulen, fangen wir erst gar nicht an, denn sonst wird das ein langer Abend.

Dramatisch ist auch die Lage in den Kitas. Gruppen müssen schließen, weil es kein Personal gibt. Wir müssen auch in unserem Kreis dafür Sorge tragen, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern voranzutreiben und den Berufen, die sich um unsere Kinder kümmern, mehr Anerkennung und Wertschätzung zukommen lassen.

Schauen wir aber zurück in unseren Kreis. Das neue Gutachten bietet Chancen. Wir sehen darin auch die Chance, die Förderschullandschaft zu überdenken und eine Förderschule für körperliche und motorische Entwicklung im Kreis Heinsberg aufzubauen. Gerade den Kindern mit einem Förderschwerpunkt in diesem Bereich bürden wir einen langen Transportweg bis nach Linnich auf.

Das ist nicht nur nicht nachhaltig, sondern auch sehr belastend. Wir wünschen uns, dass hier Gespräche mit dem LVR aufgenommen werden, mit dem Ziel, die Errichtung einer Schule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung im Kreis Heinsberg zu prüfen.

Warum allerdings die Zahlen der Förderschüler insgesamt steigen, sollte dabei auch nicht unbeachtet bleiben. Insbesondere bei Kindern mit sozial-emotionalem Unterstützungsbedarf liegen die Ursachen häufig in einer fehlenden Erziehungskompetenz der Eltern.

Eine Frage, die man sich im Rahmen der Präventionsarbeit stellen sollte, ist: Wie können wir Familien möglichst früh begleiten und stärken, damit es erst gar nicht dazu kommt, dass Schülerinnen und Schüler verhaltensauffällig werden?

Die Zusammenarbeit von Jugendamt und Kitas und Schulen muss deutlich intensiviert werden. Dies fordern wir seit Jahren. Leider zeigen unzählige Berichte aus der Praxis, dass das Jugendamt die vielseitigen Aufgaben nicht bewältigen kann. Man bearbeitet nur die „ganz dringenden“ Fälle. Da, wo es am meisten brennt. Das reicht aber nicht, um erfolgreiche Präventionsketten zu bilden. Dies kann man nicht den Mitarbeitern des Jugendamtes anlasten, die häufig von der herausfordernden

Arbeit im ASD überlastet sind. Wir sehen immense Kostensteigerungen auch bei der Eingliederungshilfe.

Es muss mehr im Bereich der Prävention investiert werden. Nach unserer Meinung ist das Geld da gut angelegt. Auch das muss „wirtschaftliche Jugendhilfe“ bedeuten.

Wir hoffen, dass mit der Neubesetzung im Bereich des Jugendamtes auch neue Impulse gesetzt werden können.

Positiv bewerten wir, dass der Kreis Heinsberg sich nun auf den Weg gemacht hat, weitere Familiengrundschulzentren aufzubauen und dafür eine halbe Stelle für die Fachberatung eingerichtet hat.

Die Fachberatungsstelle zur Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kreis Heinsberg befindet sich in der Vorbereitung und kann hoffentlich zeitnah ihre Arbeit aufnehmen. Damit wird das wichtige Beratungsangebot im Kreis erweitert. Nun muss dafür Sorge getragen werden, dass die Angebote, die es inzwischen gibt, auch Bekanntheit erlangen, damit Betroffene diese Angebote finden und wahrnehmen können. Dabei denke ich auch an die wichtige Arbeit der Frauenberatungsstelle. Es muss gewährleistet sein, dass sie von allen Ratsuchenden erreicht werden kann.

Wie im vergangenen Jahr ende ich mit der Hoffnung auf ein Ende der Pandemie und damit einhergehend auf ein Ende der Einschränkungen, die wir im Beruflichen, im Privaten, aber auch in unserer politischen Tätigkeit erleben. Ich wünsche allen Menschen im Kreis Heinsberg, dass sie die aktuellen Herausforderungen weiterhin bestmöglich meistern. Uns als Kommunalpolitikerinnen und -politikern erhoffe ich, dass wir unserer politischen Arbeit schnellstmöglich in gewohnter Weise nachgehen können, wieder mehr persönliche Kontakte untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich sind, dass wir wieder Karneval feiern können und uns auf der Kirmes begegnen. Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute und bleiben Sie gesund!